

## POLITIK UND POLIZEI

# Die ständige Diskreditierung der Polizei in Deutschland gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung! Wir weisen den Populismus der Kanzlerkandidatin Baerbock ausdrücklich zurück!

Es zeigt sich, dass sich die Pandemie dem Ende neigt ... Es war eigentlich nicht anders zu erwarten. Sobald es ruhiger um die Pandemie wird, wird die Rassismuskeule geschwungen. Vergessen, wie sehr sich die Politik in der Pandemie auf die Polizei verlassen konnte. Dabei verwundert es in keiner Weise, aus welcher Richtung die Vorwürfe kommen, die an Populismus kaum zu überbieten sind und natürlich auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden.

**GdP Hamburg**

Annalena Baerbock, spricht derzeit von „rechtsextremistischen Gruppen in deutschen Sicherheitsbehörden“. Woher sie diese Erkenntnis des Extremismus nimmt oder wie sie Extremismus definiert, erklärt Frau Baerbock nicht. Die pauschalen Urteile über rechtsextremistische Gruppen in den Sicherheitsbehörden dürften jedenfalls nicht zu belegen sein. Sollte Frau Baerbock dies doch können, fordert die GdP Hamburg die Kanzlerkandidatin auf, dies zu tun.

Dass Polizei Ländersache ist, scheint Frau Baerbock ebensowenig präsent zu sein. Für Untersuchungen wären die Länder zuständig. Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich Frau Baerbock nicht um eine gleiche Bezahlung in den verschiedenen Ländern kümmern möchte. Das würde Geld kosten, Populismus gibt es gratis.

Die GdP Hamburg hat in der Vergangenheit eine Belastungsstudie gefordert:

## „Radikalen Tendenzen in der Polizei entgegenwirken – Belastungen des Polizeiberufs erforschen!“

Vorfälle, wie sie bei den Ausschreitungen in jüngerer Vergangenheit in Stuttgart, Berlin und Hamburg bekannt wurden, sind die Folgen, wenn es fast einem sportlichen Wett-

kampf gleicht, die Polizei in Deutschland zu diskreditieren und an den medialen Pranger zu stellen. Teile der Gesellschaft nehmen daraus ihre Legitimation, die Einsatzkräfte der Polizei anzugreifen. Ähnliche Folgen befürchtet die GdP Hamburg aufgrund der fortwährend geführten Diskussion über Rassismus in der Polizei weiterhin. Es hilft nicht, wenn u. a. Spitzenpolitiker immer wieder ihre Meinung in die Welt hinausposaunen, ohne belastbare Erkenntnisse gewonnen zu haben. Dieses Verhalten ebnet das Feld für Ausschreitungen wie in Stuttgart und nimmt inzwischen staatszersetzende Züge an. Es wird Zeit, dass sich alle Akteure ihrer Verantwortung bewusst werden!

Vermeintliche „Polizeiexperten“ nutzen das bereitete Feld in den sozialen Medien ganz bewusst für eine Stimmungsmache gegen die Polizei! Aus Unkenntnis, oder eben bewusst interessengesteuert, wird Stimmung gegen die Polizei gemacht. Ein Umstand, der immer wieder auch in Hamburg gut zu beobachten ist.

Die Polizei wird sich der Lage weiterhin stellen und nicht in Selbstmitleid verfallen. Unsere Kolleginnen und Kollegen werden weiterhin für den Rechtsstaat eintreten und ihn verteidigen.

Vor dem Hintergrund der erneuten Baerbock-Debatte stellt die GdP Hamburg wieder klar: Die GdP Hamburg unterstützt eine

Belastungsstudie und lehnt eine Rassismusstudie bei der Polizei ab!

I. Die Ermittlungen um rechtsradikale Tendenzen in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen haben zu einem intensiven Diskurs in der deutschen Öffentlichkeit über politische Einstellungen und Betätigungen von Polizeibeamtinnen und -beamten geführt. Diese Diskussionen begrüßt die GdP, weil sie ein notwendiger Teil gesellschaftlicher Entwicklung sind. Die GdP erkennt ihre Aufgabe darin, sich gegen jede Form des politischen Radikalismus in Staat und Gesellschaft und damit auch in der Polizei zu wenden. Als Gewerkschaft hat die GdP Hamburg die Aufgabe, die Interessen ihrer Mitglieder und die Interessen der Polizeibeschäftigten zu wahren.

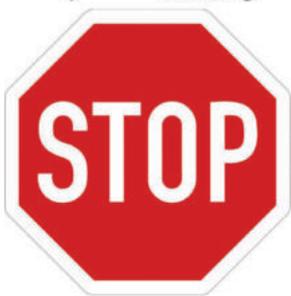
II. Zur Wahrung der Interessen von Mitgliedern und Beschäftigten gehört auch, zu jedem Zeitpunkt und bei jedem Thema auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahrensgrundsätze zu achten. Das bedeutet im konkreten Fall, dass auch dann, wenn Polizeibeamtinnen und -beamte verdächtig sind, sich rechtsradikal betätigt zu haben, unbedingt darauf geachtet werden muss, dass die betroffenen Kolleginnen und Kollegen Rechte haben. Eine

dienstrechtliche und politische Bewertung der Vorgänge darf erst dann stattfinden, wenn Tatsachen gesichert sind, rechtliches Gehört gewährt wurde und ein Lagebild klar erkennbar ist.

III. Unabhängig von individueller Schuld und Verantwortung kann und muss die GdP Hamburg zur Frage politischen Radikalismus in der Polizei Stellung nehmen. Hierzu stellt die GdP Hamburg fest: Politischer Extremismus, also die Durchsetzung politisch radikaler Vorstellungen durch die aggressive Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ist mit dem Polizeiberuf unvereinbar. Polizeibeschäftigte, die des politischen Extremismus im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verfahrens überführt sind, müssen die Polizei verlassen. Im Bereich des politischen Radikalismus erkennt die GdP allerdings Graubereiche, die ohne individuelle Sachverhaltsklärung nicht pauschal zu beantworten sind. Richtschnur bleibt die Einstellung des/der jeweiligen Beamten/in zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In diesem Zusammenhang sind pauschale Werturteile und die vorschnelle Bezeichnung von Vorgängen als rassistisch oder populistisch als nicht hilfreich zu bewerten.



**Gewerkschaft  
der Polizei**  
Hamburg



## **Ständige Diskreditierung der Polizei in Deutschland!**

Foto: GdP Hamburg



IV. Die GdP arbeitet seit Jahrzehnten auf dem Feld der Präventionsarbeit, auch im Bereich des politischen Radikalismus. Wir wissen daher um Wege in die Radikalität und auch um entsprechende Exit-Strategien. Dieses Wissen wollen wir auch jetzt anwenden und teilen. Individuelle Radikalisierungen sind ohne persönliche Krisen und Negativerfahrungen kaum denkbar. Dies gilt auch für Polizeibeschäftigte. Da wir am Anfang der Aufklärung über politische Radikalisierungen in der Polizei stehen, können weder die GdP noch andere Akteure seriöse Analysen oder Erklärungen und schon gar keine Lösungswege formulieren. Deshalb setzt sich die GdP Hamburg dafür ein, dass persönliche Belastungen und die Wirkung fortwährender Negativerfahrungen des Polizeiberufs erforscht werden müssen.

Die GdP unterstützt daher ausdrücklich eine Belastungsstudie und lehnt eine Rassismusstudie ab.

1. Wir wollen als Kolleginnen und Kollegen und als Gewerkschaft wissen, wie sich Denken und Handeln verändern, wenn Polizeibeschäftigte Tag und Nacht wiederkehrende Erfahrungen mit bestimmten Bevölkerungsgruppen, Kriminalitätsfeldern und auch mit Justizabläufen machen.
2. Wir wollen als Kolleginnen und Kollegen und als Gewerkschaft wissen, welchen konkreten Rückhalt Polizeibeschäftigte von ihrer Führung (unabhängig von der Führungsebene) und den für sie zuständigen politischen Verantwortungsträgern erwarten und wie sie den Rückhalt erleben.
3. Wir wollen als Kolleginnen und Kollegen und als Gewerkschaft wissen, welche Auswirkungen die Belastungen und fortwährenden Negativerfahrungen des Polizeiberufs konkret haben und wie man diesen wirksam begegnen kann. Wir haben die klare Forderung, dass eventuell festgestellte

strukturelle Probleme in der Ausbildung, der Personalausstattung, der Rekrutierung und der Berufsperspektiven zu entsprechenden Maßnahmen der Politik führen.

Zu der aktuellen Debatte gehört auch, dass sie inzwischen zu einem ernststen Problem für die Polizei zu werden droht. Polizeiliche Einsätze haben schon immer das Interesse der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Inzwischen ist die Abkehr vom obrigkeitstaatlichen Denken lange vollzogen, sodass mit dem Interesse oft auch Kritik verbunden ist. Unter Kritik ist eine prüfende Beurteilung zu verstehen. Dies ist nicht zuletzt auch Ausdruck einer pluralistischen Gesellschaft, die von Meinungsfreiheit und Vielfalt geprägt ist.

Was sich jedoch in den Aussagen der Kanzlerkandidatin findet, mutet eher als Wettbewerb der Suche nach der am stärksten polemisierenden Sichtweise an. Mit einer sachlichen, an Fakten orientierten Bewertung setzt sich Frau Baerbock offenbar nicht mehr auseinander. Die Folgen tragen unsere Kolleginnen und Kollegen. Das muss ein Ende haben! Die GdP Hamburg wird ihren Beitrag dazu leisten.

Frau Baerbock will rassistische Tendenzen in der deutschen Polizei untersuchen lassen. In Hamburg hat man sich offenbar für einen anderen Weg entschieden. Nach einer ersten Bewertung scheint die Zielrichtung der geplanten Studie in Hamburg nah an der Forderungslage der GdP Hamburg zu sein. Festzustellen ist, die Polizei hat regelmäßig die höchsten Werte, wenn es um Vertrauen geht.

Die Politik sollte sich in erster Linie um die immer größer werdende Spaltung unserer Gesellschaft kümmern. Wir als GdP und unsere Kolleginnen und Kollegen stehen für die demokratischen Werte unseres Rechtsstaates ein und schützen unsere Gesellschaft, so wie in wenigen anderen Ländern der Welt.

Eine nicht widersprochene Rassismuskonversation impliziert, dass die Polizei Hamburg nicht neutral einschreitet, und untergräbt damit das Vertrauen in die Polizei.

Abschließend sei betont, dass die GdP Hamburg fest davon ausgeht, dass es innerhalb der Polizei keinen strukturellen Rassismus gibt. ■



... von Freunden empfohlen

Urlaubsträume Pauschalreise Mietwagen Palmenstrand Familienzeit  
Reisen Individualität Hamburg All Inclusive Erfahrungen Reiseprofis  
Flüge Griechenland Sonne Entdeckungen Freiheit Sommerurlaub  
Persönlich Weltweit Kulinarik Besonderes Honeymoon Insidertipps  
Freunde Vollpension Abflug Hotel Fernweh Europa Expeditionen  
Ansprechpartner Empfehlungen Transfer Ausflüge Städtetrip  
Kreuzfahrten Polizeifamilie Auszeit Wellness Sport Mallorca  
Sonnenbrille Dünen Nah Eigenanreise Service Wellen Berge  
Herbsturlaub Waldspaziergang Natur Viersterne Pool Kanaren

Wir sind für euch da!

Sprachen Einreise Sicherheit Traumreise Reiseversicherung  
Flusskreuzfahrt Shoppingtrip Italien Fluggesellschaft Kompetenz  
Leben Picknick Museum Bahnfahrt Landschaften Träume Portugal  
Erlebnisse Reisebüro Quality Time Nachhaltigkeit Kulturen Freude  
Weinprobe Jubiläum Spanien Paarzeit Glück Meer Informationen  
Luftsprünge Kroatien Landestypisch Sehenswürdigkeiten Rundreise  
Unbeschwert Begegnungen Singlereise Ferienpark Organisieren  
Abreise Ganzjährig Spezialist Anregungen Gastfreundschaft  
Passagier Kommunikation Paradies Horizonterweiterung Gruppe  
Tourismus Kunden Koffer Reiseführer Zufriedenheit Abenteuer  
Studienreise Inspirationen Erholung Österreich Fotografie

PolizeiSozialwerk Hamburg GmbH  
Hindenburgstr. 49  
22297 Hamburg  
Tel: 040 / 28 08 96 22  
Fax: 040 / 28 08 96 27  
Mail: [psw-reisen-hamburg@gdp.de](mailto:psw-reisen-hamburg@gdp.de)  
[www.psw-hamburg.de](http://www.psw-hamburg.de)



„Die Hamburger Polizei braucht weiterhin die politische Rückendeckung, um gegen Infektionsregelbrecher konsequent und – wo nötig – robust, vorzugehen.“

#### PRESSEMITTEILUNG

## Ausschreitungen nach massenhaften Feiern – die Polizei räumte das Schulterblatt, es kam zum Bewurf von Einsatzkräften

Mit großer Sorge beobachtet die Gewerkschaft der Polizei Hamburg die ausufernden Feiern in der Hamburger Innenstadt am Wochenende. Die Polizei Hamburg hat in den letzten Monaten entscheidende Weichen für die Bekämpfung der Pandemie in unserer Stadt gestellt und immer vollen Einsatz gezeigt. Erneut mussten unsere Kolleginnen und Kollegen den Kopf hinhalten, damit der konsequente Hamburger Kurs in der Pandemiebekämpfung jetzt nicht durch einige Regelbrecher gefährdet wird und die Pandemie nicht erneut zu heftigen Einschränkungen im täglichen Leben führt.

#### GdP Hamburg

Bei den Massenveranstaltungen in der Innenstadt handelt es sich aus unserer Sicht um ein Phänomen, dem nicht allein von der Polizei begegnet werden kann. Hier ist eine

interdisziplinäre Reaktion notwendig. Auf der Suche nach geeigneten Situationen sinkt die Hemmschwelle des unvernünftigen Partyvolks und es kommt zu regelrechten Exzessen.

Foto: GdP Hamburg



Dazu Lars Osburg, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Hamburg: „Um den Erfolg der Pandemiebekämpfung nicht zu gefährden ist es notwendig, dass die Rechtsverordnungen weiterhin durchgesetzt werden – auch gegen den Widerstand einzelner Bürgerinnen und Bürger. Es steht außer Frage, dass massenhafte Verstöße gegen Infektionsschutzregeln nicht allein deshalb von der Polizei und anderen Ordnungsbehörden hingenommen werden dürfen, weil sie von zahlreichen Personen vorgenommen werden. Die Hamburger Polizei braucht weiterhin die politische Rückendeckung, um gegen Infektionsregelbrecher konsequent und – wo nötig – robust, vorzugehen. Dies gilt insbesondere für die Regierungskoalition. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob der Regelbruch bewusst im öffentlichen Raum oder aber in Bars oder im privaten Raum vorgenommen wird. Die Pandemie wird noch andauern. Die Polizei ist gut beraten, gleichmäßig und planbar vorzugehen, ein Zickzackkurs wäre fatal!“ ■

#### KRIMINALITÄT

## Internetkriminalität nimmt in Pandemiezeiten zu: Auch die ältere Generation kauft inzwischen vermehrt online ein

Statistiken haben ergeben, dass die Altersgruppe von über 65 Jahren 2020 bei Interneteinkäufen um 71 % zugenommen hat. Die sogenannten Silver-Surfer waren die mit am stärksten wachsende Zielgruppe in allen Ländern. Was sollten sie tun, waren doch die Geschäfte geschlossen und manchmal braucht es eben mehr als nur Lebensmittel und Drogerieartikel.

#### Gundula Thiele-Heckel, Seniorenvorsitzende

Doch Vorsicht ist geboten, nicht jede Seite ist seriös, deshalb „erst denken, dann klicken“. Das Problem ist nämlich, dass gerade in solchen außergewöhnlichen Zeiten Kriminelle auch umsatteln müssen und nun das große Geschäft wittern. So bieten sie häufig im Internet Ware an, die es gar nicht gibt, und viele Lockangebote sind nicht immer das, was sie scheinen.

Bunte Produktbilder, flott geschriebene Texte und ausgesprochen günstige Preise animieren zum Kauf. Vom Verkäufer verliert sich danach jede Spur.

Auch von Gütesiegeln auf der Händlerseite sollte man sich nicht blenden lassen. Sie sind nur echt, wenn man nach dem Draufklicken auf der Seite des Siegelgebers landet. Vorsicht ist ebenfalls geboten, wenn der

Händler nur Vorkasse anbietet. Die Ware ist bezahlt und kommt aber nicht.

Solltet ihr trotz eingehender Prüfung doch einmal in die Internetfalle geraten sein, scheut euch nicht und bringt das zur Anzeige. Nur dann kann man den Betrüger das Handwerk legen.

Weiterhin viel Spaß beim Einkaufen wünscht euch euer Seniorenvorstand. ■

„Die GdP Hamburg unterstützt einen restriktiven Umgang mit der Szene rund um legales und illegales Glücksspiel.“

## PRESSEMITTEILUNG

## Illegales Glücksspiel in Hamburg! Haben wir das Phänomen besiegt?

Während der Pandemie wurde wiederholt illegales Glücksspiel in Hamburg festgestellt. Im Rahmen der Eindämmungsverordnung (EVO) ist es der Polizei möglich, dem illegalen Treiben Einhalt zu gebieten. Es ist ruhig geworden, was das Thema angeht. Mit weniger werdenden Kontrollen nach der EVO werden auch entsprechende Erfolge der Polizei wieder weniger werden.

### GdP Hamburg



**Gewerkschaft der Polizei Hamburg**

**Zur Bekämpfung des illegalen Glücksspiels fordern wir:**

- Eine behördenübergreifende Koordinationsstelle für sog. Verbundeinsätze,
- Verstärkte Gewerbe- und Finanzkontrollen,
- Konsequente Einziehung illegaler Vermögenswerte,
- Konsequente Verfolgung auch geringfügiger Rechtsverstöße.

Andreas Schmidt  
GdP Hamburg

### Jetzt schlägt die GdP Hamburg Alarm!

Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg, regt seit Langem an, regelmäßig kurzfristig eine Bestandsaufnahme illegaler Aktivitäten vor allem im urbanen Gaststättenbereich vorzunehmen, um daraus aktuelle Schlüsse für gefahrenabwehrende und strafverfolgende Maßnahmen zu ziehen. Das sich daraus ergebende Lagebild kann nur dann vollständig sein, wenn zuvor alle Behörden, die gefahrenabwehrende und strafverfolgende Aufgaben

haben, auch daran mitgewirkt haben.

Aus Polizeikreisen verlautet, dass rd. 50 % aller Jugendlichen bereits an Glücksspielen (Geldspielgeräte, Sportwetten usw.) teilgenommen haben. Befördert wird dies durch den leichten Zugang, z. B. in Imbissen und alterstypischen Vorgehensweisen der eigenen sog. Peer-Group, also der Gleichaltrigen, an denen junge Menschen sich orientieren.

Dabei ist zu beobachten, dass junge Spieler vorwiegend männlich und Berufsschüler sind. Diese jungen Menschen, die sich, statt Ausbildung und Beruf nachzugehen, vor allem in den Spät- und Nachstunden mit illegalem Glücksspiel die Zeit vertreiben, können schnell in finanzielle Notlagen geraten. Die entstehenden extremen Lebenssituationen können der Auslöser werden, durch kriminelle Handlungen den Finanzbedarf zu decken oder Wucherkredite abzuzahlen.

„Es muss davon ausgegangen werden, dass Spielerinnen und Spieler während der Pandemie auch ins illegale Glücksspiel abgerutscht sind, weil legale Angebote nicht vorhanden waren“, sagt Andreas Schmidt, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Hamburg. „Glücksspiel kann süchtig

machen. Öffentliches Glücksspiel braucht immer eine behördliche Genehmigung. Ohne eine solche Erlaubnis handelt es sich um illegales Glücksspiel“, so Andreas Schmidt weiter.

Die GdP Hamburg unterstützt einen restriktiven Umgang mit der Szene rund um legales und illegales Glücksspiel. Um Kriminalität und ordnungswidriges Verhalten besser und vor allem wirksamer verfolgen zu können, fordert die GdP Hamburg:

Eine behördenübergreifende Koordinationsstelle für sog. Verbundeinsätze, verstärkte Gewerbe- und Finanzkontrollen, konsequente Einziehung illegaler Vermögenswerte, konsequente Verfolgung auch geringfügiger Rechtsverstöße.

### Der Landesvorstand

Anzeige

**Notdienst der  
Glaser-Innung Hamburg**  
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst  
Tel. 830 06 60**



Firmenungebundene  
Auftragsannahme

„Die Ausstattung mit Bodycams muss endlich konsequent umgesetzt werden!“

## EINSATZ

# Schusswaffeneinsatz in Winterhude: GdP Hamburg fordert schnelles Ermittlungsverfahren nach tödlichem Schusswaffengebrauch

Die Ereignisse in Winterhude seien für alle Beteiligten tragisch, betont Horst Niens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Hamburg (GdP). Das Mitgefühl gilt den Angehörigen des Verstorbenen. Sorgen machen wir uns aber auch um die Beamten, die an diesem Einsatz beteiligt waren und in dessen Folge die letztlich tödlichen Schüsse abgegeben wurden. „Die Einsatzkräfte mussten erleben, wovor sich viele meiner Kolleginnen und Kollegen fürchten. Das Risiko tragen meine Kolleginnen und Kollegen mit sich. Sie werden gründlicher ausgebildet als fast alle anderen Polizisten dieser Welt. Ziel ist es immer, nicht schießen zu müssen. Aber manchmal ist es eben doch unvermeidbar“, so der Polizeihauptkommissar.

## GdP Hamburg

### Bodycam am Körper von Streifenpolizisten

Niens warnt vor den üblichen sachfremden Diskussionen, wie sie immer wieder zu beobachten sind, wenn Polizeieinsätze in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Nach allen Berichten, die wir kennen, wurde zunächst versucht, die Situation durch Ansprache zu entschärfen. Als dieses nicht gelang, wurde versucht, die Situation durch den Einsatz von Pfefferspray und durch den Einsatz eines Tasers zu beenden. Nachdem dieses erfolglos war und die Einsatzkräfte attackiert wurden, kam es zu dem beschriebenen Schusswaffengebrauch.

Dynamische Messerangriffe sind in Bruchteilen von Sekunden wesentlich schwieriger abzuwehren, als es in öffentlichen Diskussionen oft dargestellt wird. Im echten Leben gibt es keine Pausetaste. Gezielte Schüsse auf Arme und Beine sind dabei kaum möglich. Spekulationen sind wenig hilfreich.

„Wir von der GdP vertrauen stattdessen auf einen schnellen Abschluss des obligatorischen, aber gründlichen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens. Auch wenn keine Ansätze für polizeiliches Fehlverhalten erkennbar sind, ist ein Ermittlungsverfahren nach polizeilichem Schusswaffengebrauch

zwingend notwendig. Es stellt aber eine Zusatzbelastung für die Betroffenen dar. Erst Recht, wenn es sich über etliche Monate hinzieht“, mahnte der GdP-Chef an. Oft leiden Betroffene jahrelang unter der Belastung. Die GdP Hamburg erwartet, dass die Ermittlungen Priorität haben. In der Vergangenheit haben wir erleben müssen, dass Verfahren wegen mutmaßlicher Übergriffe beim G-20-Gipfel eindeutig Vorrang hatten.

Lars Osburg, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Hamburg, ergänzt: „Die GdP wird sich dafür einsetzen, künftig von vornherein die technischen Möglichkeiten im Sinne der Betroffenen zu nutzen: So ist es etwa sinnvoll, wenn sich die Bodycam am Körper von Streifenpolizisten sofort einschaltet, sobald auch die Waffe gezogen wird. Dafür muss die Ausstattung mit Bodycams aber endlich konsequent durchgesetzt werden.“

Osburg ergänzt: „Das Wichtigste ist aber, dass die Verfahren vernünftig, aber eben auch zeitnah abgeschlossen werden – und man weiß, wie belastend solche Ermittlungsverfahren für die Betroffenen sind.“ Die Verfahren müssen mit Priorität bearbeitet werden. „Eine lange Verfahrensdauer ist eine nicht hinnehmbare Zumutung“, so der stellvertretende Landesvorsitzende abschließend. ■



## BEIHILFE

## Was gibt es Neues in der Beihilfe? Rückrufservice und ein neues Fachverfahren

Neuerdings können die Beihilfeberechtigten ganz individuell und unkompliziert den neuen Rückrufservice nutzen. Bei besonderen Fragen zur Beihilfe und/oder einer Beratung kann immer mittwochs von 9 bis 11 Uhr unter der Rufnummer (040) 42805-4526 dieser Service genutzt werden. Bitte das Anliegen und einen Termin für den Rückruf mitteilen! Ansonsten stehen uns die gewohnten telefonischen Sprechzeiten am Montag und Donnerstag von 09 bis 13 Uhr sowie am Dienstag von 14 bis 16 Uhr unter der Rufnummer (040) 42805-4500 zur Verfügung! Endlich ist wieder ein Schritt in den verbesserten Service gelungen!

**Klaus-Peter Leiste**

Am 5. Mai 2021 wurde der AG Beihilfe des ADGB und des Beamtenbundes das neue Fachverfahren Beihilfe in einer Online-Konferenz vorgestellt. Dieses neue Fachverfahren wird mit der Software der Fa. SINC GmbH, welche auch schon in Hessen und Rheinland-Pfalz (Schleswig-Holstein folgt) im Einsatz ist und angepasst ist auf der Basis des Regelwerkes OPA (Oracle Policy Automation – eine Standardsoftware der Fa. Oracle zur Abbildung von Regeln. Diese wiederum ermöglicht eine Anbindung an das AFAM (Aktienführungs- und Anzeigenmodul). Dieses ist die Grundlage für die Einführung der medizinischen Prüfprogramme nach der GOÄ, GOZ und GebüH. Diese Neuerungen sind für die aktuelle Sachbearbeitung in der ZPD notwendig, um die Bearbeitung der Beihilfeanträge zügiger durchzuführen und nach den medizinischen Gebührenordnungen zu prüfen! Ziel der Umsetzung soll sein: eine Sicherstellung der korrekten Beihilfeabrechnung und -zahlung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beihilfesachbearbeitung ein effektives und professionelles Werkzeug an die Hand zu

geben, das auch unter hoher Last ausfallsicher zur Verfügung steht, Steigerung der Kundenzufriedenheit – der Beihilfeberechtigten durch eine effizientere Beihilfebearbeitung, sowie die Grundlage, die Digitalisierung in der ZPD konsequent auszubauen, unter Einbindung des örtlichen Personalrates, welcher auch bei unserer Besprechung beteiligt war. Gestartet wurde das Projekt im 1. Quartal 2019 und mit dem Zuschlag der Fa. SINC GmbH am 20. Mai 2019. Im Laufe des Jahres 2020 wurde die Konzeptionierung und Entwicklung ausgebaut, sodass mit der Durchführung des Testlaufes im ersten Halbjahr 2021 begonnen werden konnte. Zum 1. Juli soll der Testlauf abgeschlossen sein und die Freigabe der Produktion gegeben werden. Mit dem Start der Pilotierung soll am 16. August begonnen werden, und wenn alles reibungslos läuft, ist das Projekt zum 31. Dezember 2021 abgeschlossen. Zurzeit werden die Implementierung der Software und die Schnittstellen auf die hamburgischen Belange angepasst und es laufen die Testaktivitäten in allen Bereichen. Außerdem werden und müssen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter auf diesem neuen Bearbeitungssystem beschult werden. Für die Beihilfeberechtigten soll zukünftig die Bearbeitung der Anträge wesentlich besser und schneller durchgeführt werden. Wir werden weiter berichten. ■

rinnen und Sachbearbeiter auf diesem neuen Bearbeitungssystem beschult werden. Für die Beihilfeberechtigten soll zukünftig die Bearbeitung der Anträge wesentlich besser und schneller durchgeführt werden. Wir werden weiter berichten. ■

Anzeige



**100 Jahre GBI**

**Wenn die Welt auf einmal stillsteht.**

Hilfe im Trauerfall – jederzeit.

**040 - 24 84 00**  
[www.gbi-hamburg.de](http://www.gbi-hamburg.de)

**DP – Deutsche Polizei**  
Hamburg

**Geschäftsstelle**  
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg  
Telefon (040) 280896-0  
Telefax (040) 280896-18  
[gdp-hamburg@gdp.de](mailto:gdp-hamburg@gdp.de)  
[www.gdp-hamburg.de](http://www.gdp-hamburg.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle**  
Montag bis Donnerstag  
8.00 bis 16.00 Uhr  
Freitag  
8.00 bis 14.00 Uhr

**Redaktion**  
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)  
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg  
[joern.clasen@gdp.de](mailto:joern.clasen@gdp.de)

**Hinweis:**

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25- und 40-jährigen Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung.

**Tel.: (040) 280896-17**